

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der SPD, erwartet vom Beitritt Griechenlands zur EG Nutzen für die ganze Gemeinschaft.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB sieht in der Ausbürgerung Pavel Kohouts aus der CSSR die eigene Schwäche der Prager Behörden bloßgelegt.

Seite 3

Herbert Brückner, Bremer Senator für Gesundheit und Umweltschutz wertet den Erfolg der Grünen bei der Bremer Bürgerschaftswahl als Herausforderung für die SPD.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 194 /

9. Oktober 1979

Griechenland ist uns willkommen

-----  
Gemeinsam die freiheitliche und soziale Demokratie in Europa verwirklichen

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Deutsche Bundestag wird am Donnerstag den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft behandeln. Die demokratischen Sozialisten haben die Einbeziehung Griechenlands in die Gemeinschaft stets befürwortet und sich im Europäischen Parlament nachdrücklich dafür eingesetzt. Für uns ist die EG keine geschlossene Gesellschaft und wird es auch nach dem Beitritt Griechenlands am 1. Januar 1981 nicht sein.

In Griechenland stand die Wiege dessen, was Europa geistig ausmacht. Unsere eigene Kultur ist undenkbar ohne die Einflüsse, die von diesem vitalen Land ausgegangen sind. Und auch das moderne Griechenland hat sich immer um enge Bindungen an das übrige Europa bemüht. Dies zeigt sich auch, als es sich 1961 als erstes Land der noch nicht fest etablierten Gemeinschaft assoziierte.

Viele von uns haben mit großer Anteilnahme verfolgt, wie sich Griechenland 1974 von den Fesseln einer siebenjährigen



Diktatur befreite. Europäische Sozialdemokraten haben hier und da helfen und neue freundschaftliche Bande knüpfen können.

Daraus ergibt sich für uns eine zusätzliche Verpflichtung, die wieder entstandene Demokratie zu unterstützen. Die Aufnahme Griechenlands in die Gemeinschaft hat damit viel zu tun. Sie macht darüber hinaus deutlich, daß Europa die Aufgabe des Ausgleichs zwischen reicheren und ärmeren Regionen in unserem Teil der Welt ernst nimmt.

Neben den zu erwartenden politischen Konsequenzen sprechen auch wirtschaftliche Gründe für die Erweiterung: Trotz mancher Übergangsschwierigkeiten werden sowohl Griechenland als auch die bisherigen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft aus der verstärkten Zusammenarbeit langfristigen Nutzen ziehen.

Ich möchte hier wiederholen, was ich im Juni 1975 in Athen sagte: "Gemeinsam sind wir besser als allein imstande, unsere ökonomischen und politischen Probleme zu meistern und freiheitliche und sozialde Demokratie zu verwirklichen."

(-/9.10.1979/hi/hgs)

+ + +



Solidarität mit Pavel Kohout  
-----

CSSR-Behörden wollten Stärke zeigen und haben ihre eigene Schwäche bloßgelegt

Von Karsten D. Voigt MdB

Der Dramatiker und Bürgerrechtler Pavel Kohout ist aus der CSSR ausgebürgert worden. Die Behörden der CSSR haben ihm gegenüber ihr Wort gebrochen, indem sie Pavel Kohout die Rückreise in sein Heimatland verweigerten.

Wir Sozialdemokraten protestieren gegen diesen Akt staatlicher Willkür. Wir solidarisieren uns mit Pavel Kohout, dessen Bürgerrechte von den staatlichen Organen der CSSR mißachtet worden sind.

Der Dramatiker Pavel Kohout hat dazu beigetragen, daß künstlerische Leistungen von Bürgern der CSSR weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt wurden. Die Ausbürgerung Pavel Kohouts wird deshalb auch als Akt der Ausbürgerung der Kunst und der künstlerischen Freiheit aus der CSSR verstanden werden müssen. Die Anwendung staatlicher Machtmittel hat dazu geführt, daß die CSSR künstlerisch ärmer geworden ist. Die Behörden der CSSR haben ihre Stärke gegenüber Pavel Kohout zeigen wollen und haben mit diesen Willkürmaßnahmen doch nur ihre politische Schwäche bloß gelegt.

Wir, die wir uns seit vielen Jahren für die Entspannungspolitik und eine Aussöhnung und möglichst enge Zusammenarbeit mit der CSSR einsetzen, werden auch künftig nicht schweigen, wenn Menschen- und Bürgerrechte in Ost oder West verletzt werden.

Der Parteivorstand hat in seinem Leitantrag zur Außen- und Deutschlandpolitik zum Berliner Bundesparteitag diese von ihren Grundsätzen bestimmte Haltung der SPD unterstrichen:

"Mit Interesse beobachtet die SPD das Streben von demokratischen und insbesondere von demokratisch-sozialistischen Oppositionsgruppen nach einem friedlichen Wandel zur Demokratie in nicht demokratisch regierten Ländern unbeschadet der dort herrschenden Gesellschaftssysteme. Verbundenheit bekunden wir denen, die ihrer Überzeugung wegen Verfolgung ertragen müssen. Eine solche Haltung menschlicher und politischer Solidarität steht unserer Meinung nach nicht im Gegensatz zu den Grundsätzen der Friedens- und Entspannungspolitik."

Mitglieder und Funktionäre der KPC sehen keinen Widerspruch zur Entspannungspolitik, wenn sie sich mit politischen Gesinnungsfreunden in der Bundesrepublik Deutschland treffen, obwohl diese stolz verkünden, politische Gegner aller im Bundestag vertretenen Parteien zu sein. Auch ich sehe keinen Widerspruch zwischen derartigen Treffen und Gesprächen und einer konsequenten Entspannungspolitik.

Die Rechte, die Mitglieder und Funktionäre der KPC für sich in Anspruch nehmen, werden wir Sozialdemokraten uns in unserer Solidarität mit Bürgerrechtlern in der CSSR nicht verweigern lassen. Aus diesem Grunde gehen Vorwürfe über Gespräche Pavel Kohouts mit Sozialdemokraten ins Leere und werden von Sozialdemokraten als Anzeichen doppelter Moral und von zwiespältigen Maßstäben empfunden.

(-/9.10.1979 /hi/hgs)



### Erfolg der Grünen - keine Bremer Spezialität

Die Grünen - eine Koalition von Gruppen die sich eigentlich gar nicht grün sind

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen

Der Sieg hat viele Väter. Diese, in zahllosen Wahlnächten abgegriffene und häufig strapazierte Formulierung war selten zutreffender als beim Wahlerfolg der Grünen in Bremen. Denn: Der erste parlamentarische Durchbruch der vermeintlich ökologischen Bewegung war nicht die Geburt einer neuen politischen Kraft mit klar umrissenen Zielen, einheitlichem Profil und geschlossenem Anliegen. Möglich wurde das politische Entrée der Grünen vielmehr, weil sich hinter dem ökologischen Banner jene zusammenfanden, die sich lediglich in einem einig waren: in ihrem Verdruss gegenüber den traditionellen Parteien. Grüner Wind wehte dabei in Bremen bezeichnenderweise aus überwiegend bürgerlichen Wohnquartieren, während in Arbeiterbezirken mit nachweisbaren Umweltdefiziten die Sozialdemokraten gestärkt wurden.

Soviel scheint sicher: Begünstigt wurde der Aufstieg der Grünen zur parlamentarischen Kraft, weil sich in den Bremer Wahlkabinen jene zur Koalition verbündeten, die sich gemeinhin politisch nicht über den Weg trauen: protestierende intellektuelle Jungwähler und wachsende Teile des arrivierten Bürgertums. Erste Analysen lassen keinen Zweifel daran: Gesichert wurde der grüne Erfolg in Bremen durch zwei Bevölkerungsgruppen:

- durch intellektuelle - meist jugendliche Protestler, die - wie bereits andernorts - jetzt auch in Bremen durch überproportionale Stimmabgabe für die Grünen signalisierten, daß sich große Teile der jungen Generation mit ihren Zukunftserwartungen vor allem aber mit ihren Zukunftssorgen von den traditionellen Parteien nur unzureichend ernst genommen fühlen,



- sowie durch einen wachsenden Anteil ausgeprägt bürgerlicher Wähler, die sich nach Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse und im Erreichen eines hohen materiellen Lebensstandards in ihrer Wahlentscheidung offenbar zunehmend von diffusen ökologischen Zukunftsvorstellungen leiten lassen.

Gewiß, das Bremer Ergebnis hat bremische Besonderheiten: Kritik und Unmut über lokal begrenzte kommunale Entscheidungen, die bürgerliche Wähler beim Bremer Urnengang in steigendem Maße beeinflussten, schlugen naturgemäß in Stadtstaaten unmittelbarer auf Landtagswahlergebnisse durch als in Flächenländern. Auch das traditionell protestbereite Jungwählerpotential war in Bremen mit fast 25 Prozent Erstwählern ungewöhnlich hoch. Und doch wäre es verhängnisvoll, würde man den grünen Erfolg an der Weser als Bremer Spezialität mißdeuten. Als Lehre aus dem Bremer Votum bleibt dreierlei:

- Umweltthemen gewinnen in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend eine Qualität die wahlentscheidend sein kann.
- Ökologisches Unbehagen macht sich nicht nur in der Kernenergie Diskussion, sondern zunehmend an Alltagsproblemen vor der Haustür fest.
- Von den Parteien werden ökologische Antworten erwartet, die sich nicht nur in pragmatischem Handeln gegenüber Einzelsymptomen erschöpfen, sondern die die Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung aufnehmen.

Für die Sozialdemokraten in Bremen bedeutet das Wahlergebnis eine Herausforderung. Obwohl die Wähler ihre Politik auch auf dem Umweltschutzsektor mit Stimmzuwächsen honorierten, werden sie in Zukunft auf dem Gebiet des Umweltschutzes noch stärker in der Pflicht stehen als bisher. Dies zwingt sie zur Fortsetzung ihrer konsequenten Politik zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und dies sichert, daß Umweltbelange in Bremen nicht mit dem Hinweis auf andere Sachzwänge vom Tisch zu bringen sind. Vor dieser Herausforderung hat die Bremer SPD keine Angst. (-/9.10.1979/hi/hgs)

+ + +

